

Hilfe beim Berufseinstieg für Menschen in schwierigen Lebenslagen

Als Hauptfördergeber unterstützt das Sozialamt der Stadt Graz ein wichtiges Projekt mit einer Basisförderung von insgesamt 680.000 Euro. Dadurch wird „arbeitsmarktfernen Personen“ eine Erwerbsarbeit ermöglicht.

Als „arbeitsmarktferne Personen“ werden jene Menschen bezeichnet, die zwar im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren sind, aber – wenn überhaupt – nur sporadisch einer Arbeit nachgehen.

Die erfa GmbH betreut und beschäftigt seit Jahren Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen und hilft ihnen dabei, möglichst unbürokratisch einer niederschweligen Arbeit nachzugehen. Im Projekt „erfa FAAP“ können Teilnehmer:innen unter Arbeitsanleitung verschiedene Jobs erproben. Dazu zählen beispielsweise Parkreinigung, Säuberung von öffentlichen Grazer Sportanlagen, Instandsetzung und Instandhaltung von Wanderwegen oder etwa das Unterstützen von Mindestpensionist:innen bei der Reinigung von Wohnraum, Zustellertätigkeiten oder Montagearbeiten.

Außerdem erhalten sie sozial- und berufsspezifische Beratung, Betreuung und Begleitung durch qualifizierte Projektmitarbeiter:innen und erleben durch die Beschäftigung soziale Einbindung und gesellschaftliche Inklusion. Das Projekt gibt den Teilneh-



Bis zu 240 Menschen in schwierigen Lebenslagen werden im Projekt erfa-FAAP beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützt. Finanzielle Unterstützung gibt es von der Stadt Graz.

FOTO: KPÖ

merinnen und Teilnehmern eine Tagesstruktur und zeigt ihnen wie wichtig es ist, einer sinnstiftenden Arbeit nachzugehen. Sie erhalten wichtige Kompetenzen die es ihnen ermöglichen am Arbeitsleben teilzunehmen und werden auch mit einem maßgeschneiderten Bewerbungscoaching unterstützt.

Bürgermeisterin **Elke Kahr**: „Wenn Menschen durch sinnvolle Beschäftigung gestärkt werden, Selbstvertrauen gewinnen und Anerkennung bekommen, ist das der beste Weg, wieder zu einer geregelten Beschäftigung zu finden.“

RAT UND HILFE

BROSCHÜRE »ARBEITEN IN GRAZ«

Wer auf der Suche nach einer Arbeits- oder einer Lehrstelle ist, wer sich weiterbilden möchte oder Unterstützung in der aktuellen Tätigkeit benötigt, bekommt alle relevanten Infos in der Broschüre „Arbeiten in Graz“ des Sozialamts der Stadt Graz. Sie kann kostenlos unter stadtrat.krotzer@stadt.graz.at bestellt werden.

»GRAFO« UNTERSTÜTZT BEI AUSBILDUNGSKOSTEN

Ein beruflicher Aufstieg kann häufig durch Weiterbildung erreicht werden. Ausschlaggebend dafür ist oft das Einkommen, denn Kurse kosten und der Lebensunterhalt muss ebenso finanziert werden. Mit dem „Grazer Fonds für Aufstieg und Entwicklung“ (GraFo) hat das Grazer Sozialamt ein Angebot für betroffene Menschen geschaffen, das deren Berufs- und Einkommenschancen verbessert. Alle Informationen zum Ablauf der Antragstellung und zu den Kriterien für eine Förderung erhalten Sie telefonisch unter 0664 60177 3333 oder auf www.graz.at/graf0.

KPÖ fordert Preisregulierung

Laut Statistik Austria sind die Preise im Jahresvergleich im März um 4,1 Prozent angestiegen. Damit liegt Österreich in puncto Inflation noch immer im europäischen Spitzenfeld. Nur in Rumänien und Kroatien ist die Inflationsrate noch höher, während die durchschnittliche Teuerung in der EU bei 2,4 Prozent liegt. Besonders bitter ist, dass die wichtigen Bereiche Wohnen und Energie sich für die Bevölkerung um weitere 4,2 Prozent verteuert haben. Für Nahrungsmittel zahlt man um 3,4 Prozent mehr.

„Viele Menschen können sich das Leben und den täglichen Einkauf schon jetzt nicht mehr leisten. Auch der Mittelstand wird von der Teuerung immer mehr belastet. Während andere Länder in der EU wirksame Maßnahmen gesetzt haben, lässt die ÖVP-geführte Bundesregierung die Menschen im Stich“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Max Zirngast**. Preisregulierungen und aktive Besteuerung von



Vermögen und Übergewinnen wären ein erster Schritt, um der fortschreitenden Teuerung Einhalt zu gebieten, sagt Zirngast: „Die Bundesregierung könnte amtliche Preisregulierungen auf die Güter des täglichen Bedarfs einsetzen, um zur Entlastung der Bevölkerung beizutragen und zu verhindern, dass monopolistische Konzernstrukturen Profite auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung machen. Das war in Österreich vor wenigen Jahrzehnten auch noch ein übliches Mittel, in vielen europäischen Ländern wird es noch heute eingesetzt. Zuletzt hat man während der Corona-Pandemie so die Preise von FFP2-Masken reguliert – warum geht das jetzt nicht auch?“ Im Gemeinderat hat er Wirtschaftsminister **Martin Kocher** (ÖVP) zum Handeln aufgefordert. Zirngasts Antrag wurde mehrheitlich angenommen. ÖVP, KFG, FPÖ und der parteilose Mario Eustacchio haben gegen den Antrag gestimmt.

Graz setzt auf Photovoltaik

Die Grazer Stadtregierung hat gemeinsam mit den städtischen Unternehmen den Plan gefasst, bis 2030 klimaneutral zu werden. Die größte Einzelmaßnahme in diesem Klimaschutzplan ist der kontinuierliche Ausbau von Photovoltaikanlagen. Gemeinsam mit der Holding Graz werden ab 2024 die ersten städtischen PV-Anlagen errichtet, die bis 2030 rund die Hälfte des gesamten Strombedarfs des Haus Graz erzeugen werden. „Die Anlagen, die unter



anderem auf städtischen Freiflächen, Dachanlagen der GBG, der städtischen Immobilienabteilung oder den geriatrischen Gesundheitszentren errichtet werden, sollen nicht nur einen großen Beitrag zur Klimaneutralität der Stadt Graz beitragen, sondern auch eine bessere Preisstabilität sowie mehr Unabhängigkeit vom kapitalorientierten und volatilen Strommarkt ermöglichen“, sagt **Miriam Herlicska**, KPÖ-Sprecherin für Energie- und Umweltthemen.

Neue Räumlichkeiten für FH Joanneum



Die Designstudiengänge der FH Joanneum werden mit Herbst 2026 in neue Räumlichkeiten übersiedeln. FOTO: FH JOANNEUM

Im Jahr 2007 errichtete die Stadt Graz den Gebäudekomplex entlang der Eggenberger Allee für die FH Joanneum. Zum Zeitpunkt der Errichtung wurden alle Gebäude entlang der Eggenberger Allee für die Studiengänge der Fachhochschule genutzt, außer dem Gebäude Eggenberger Allee 15, für das damals kein Bedarf seitens der FH bestand.

Ab Herbst 2026 sollen nun auch diese Räumlichkeiten in die Nutzung der Fachhochschule übergehen. Dadurch erhalten nun alle Gebäude, die von der Stadt Graz kostenlos an die Bildungseinrichtung zur Verfügung gestellt werden, ihre ursprüngliche Bestimmung.

„Die Stärkung des Standorts der FH Joanneum in Graz ist ein klares Signal für die Förderung dieser Bildungseinrichtung, die rund 3.700 Studierende in 35 Studiengängen in Graz umfasst“, betont Stadtrat **Manfred Eber**, verantwortlich für die städtischen Immobilien. „Mit der Entscheidung, die Räumlichkeiten in der Eggenberger Allee für die FH Joanneum zu öffnen, endet eine jahrelange Suche nach zeitgemäßen Standorten.“

FH Joanneum Geschäftsführer **Martin Payer**: „Die FH Joanneum hat im Schulterchluss mit dem Land Steiermark und

der Stadt Graz mit dem stetigen Ausbau des Campus in Graz wesentlich zur Belebung und Attraktivierung des Grazer Westens beigetragen. Diese Erweiterung stärkt die Campus-Entwicklung und schafft ein ideales Umfeld für Studierende und Lehrende, von dem auch das gesamte Stadtviertel in seiner Weiterentwicklung profitiert.“

Die Stadtbibliothek und das Lesezentrum Steiermark werden im Erdgeschoss in der Eggenberger Allee 15 bestehen bleiben. Die Obergeschosse, derzeit vom BFI Steiermark belegt und mit einer Gesamtfläche von 3.100 m² ausgestattet, werden künftig für die Designstudiengänge der FH Joanneum genutzt. Diese sind aktuell im „Blauen Haus“ in der Alten Poststraße 152 untergebracht, das von der Stadt angemietet ist und einer kostspieligen Renovierung unterzogen werden müsste, um den aktuellen Anforderungen von Studierenden und Lehrenden gerecht zu werden.

„Von dieser Entscheidung werden besonders die Studierenden profitieren“, freut sich KPÖ-Gemeinderat **Simon Gostentschnigg**, der den Designstudiengang selbst noch in den alten Räumlichkeiten absolviert hat.

Gesicherte Investitionen, reduzierte Schulden

Trotz Inflation weniger Schulden als unter ÖVP-Verantwortung, sowie Investitionen um knapp 300 Millionen Euro: Das zeigt der Rechnungsabschluss der Stadt Graz für das Jahr 2023.

Durch einen „enormen Kraftakt“ ist es gelungen, „das Grazer Budget in den letzten zwei Jahren zu stabilisieren und die Schuldenentwicklung entscheidend zu bremsen. Aber wir sind noch nicht über den Berg und weitere Anstrengungen sind notwendig“, erklärte Finanzstadtrat **Manfred Eber** bei der Präsentation des Rechnungsabschlusses im Gemeinderat.

Weniger Schulden als 2021

In den Jahren 2018 bis 2021 wurde eine Verschuldung der Stadt verzeichnet, die deutlich über der Inflation lag. Im Jahr 2022 gelang jedoch eine Trendumkehr. Mit Ende 2023 lag der Schuldenstand unter dem von 2021, als die KPÖ das Finanzressort von der ÖVP übernommen hatte.

Investitionen abgesichert

Im Jahr 2023 investierte das Haus Graz 289 Millionen Euro in den öffentlichen Verkehr und Bildung, allein 151 Millionen Euro in Erhaltung und Ausbau der städtischen Infrastruktur.

Die größten Investitionen im öffentlichen Verkehr, etwa 36 Millionen Euro, betreffen die



Es ist gelungen, Investitionen und Sozialleistungen abzusichern und gleichzeitig Schulden zu abzubauen, erklärt Finanzstadtrat **Manfred Eber** den Rechnungsabschluss 2023

15 neuen Straßenbahnen (13 Millionen Euro), die Ende 2025 in Graz unterwegs sein sollen, den zweigleisigen Ausbau der Linie 5 in Puntigam (10 Millionen Euro) und die Anschaffung von 33 neuen Gelenksbussen um 7 Millionen Euro. In die Bildung wurde letztes Jahr massiv investiert – rund 32 Millionen Euro. Die größten Positionen sind dabei die Volksschulen in Algersdorf (12 Millionen Euro), Reininghaus (je 5 Millionen für Bau sowie für Grundstücks-sicherung) sowie Murfeld (5 Millionen). Zudem wurden weitere 5 Millionen Euro für die Planung des GRIPS-II-Pakets budgetiert.

Als drittes großes Investitionsfeld sind die Erhaltung und der Ausbau der städtischen Infrastruktur zu betrachten. Im Bereich der Wasserversorgung und bei Kanal/Abwasser wurden letztes Jahr rund 15 Millionen Euro in die Hand

genommen. Zudem sind 14 Millionen Euro in den kontinuierlichen Ausbau des Grazer Fernwärmenetzes geflossen.

Blick von unten

Für die KPÖ war es immer wichtig, den „Blick von unten nicht zu verlieren“, wie es Bürgermeisterin **Elke Kahr** ausdrückte. Sie legt besonders Wert darauf, dass „Graz auch unter wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen verlässlich und beständig bleibt.“

Es ist aber nicht nur für Graz wichtig, sondern für alle Städte und Gemeinden, dass Bund und Länder für eine tragfähige finanzielle Ausstattung sorgen, die es für die vielen notwendigen Aufgaben braucht.

„Es bleibt weiter notwendig finanziell stärker auf „Sicht zu fahren“. Deswegen haben wir gezielte Maßnahmen verankert, damit die Schulden nicht explodieren“, so Stadtrat Eber.

KOMMENTAR



Gasse erinnert an Pfarrer Wolfgang Pucher

Die frühere Heßgasse zwischen Laudongasse und Starhembergasse im Stadtbezirk Lend ist eng mit dem Wirken von Pfarrer Wolfgang Pucher verbunden, der im Juli 2023 verstarb. Auf seine Initiative wurde die Gasse 1986 aus dem Stadtplan entfernt, da die Wohnadresse als Standort mehrerer Delogiertenhäuser zu einer sozialen Stigmatisierung ihrer Bewohner:innen beitrug. Die Adressen wurden den umliegenden Gassen zugeordnet. Das wird auch in Zukunft so bleiben.

Die seither namenlose Gasse wird aber im Gedenken an dessen große Verdienste für benachteiligte Menschen den Namen von Wolfgang Pucher tragen. Nach dem Beschluss im Gemeinderat wurden nun Straßenschilder in der Wolfgang-Pucher-Gasse in Anwesenheit von Vertreter:innen der Stadt Graz und der VinziWerke enthüllt.

Mit der Benennung der ehemaligen Heßgasse nach Wolfgang Pucher erinnert die Stadt Graz an das große Erbe der Menschenfreundlichkeit, das der Gründer der VinziWerke hinterlassen hat. Mit seinem unermüdlichen Engagement wird er immer ein Vorbild für uneigennütziges und menschliches Handeln bleiben.

Ihre Bürgermeisterin *Elke Kahr*

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at



Graz unterstützt ehrenamtliches Engagement

Sechs Treffpunkte für Menschen, Organisationen, Vereine, Institutionen, Initiativen aus Graz, die sich ehrenamtlich, nachbarschaftlich und gesellschaftlich in Graz engagieren möchten, stellte der Treffpunkt Ehrenamt bisher kostenlos zur Verfügung. Mit der heurigen Förderung kommt in der Wiener Straße 58a ein weiterer hinzu.

„Ehrenamtliche leisten täglich einen wertvollen Beitrag. Wer sich freiwillig und unentgeltlich engagiert, ist eine wichtige Stütze und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt. Neben der Ehrenamtsversicherung, der Ehrenamtsbörse und dem fee-Award erleichtern wir ihnen mit dem Treffpunkt Eh-

renamt ihre Arbeit“, erklärt sich KPÖ-Stadtrat **Robert Krotzer**.

Das Konzept Treffpunkt Ehrenamt, das Jugend am Werk in seinen Räumen für die Stadt Graz umsetzt, bietet zusätzliche Infrastruktur für organisatorische Arbeiten, Besprechungen und Projekte.

Infos finden Sie unter:
www.graz.at/ehrenamt

Kino für alle und Fest für alle

Am 28. Mai um 18:30 Uhr wird für sie im KIZ RoyalKino der Film „The Old Oak“ gezeigt. Anmeldung unter stadtrat.krotzer@stadt.graz.at

Am Sonntag den 16. Juni wird dann in der Seifenfabrik das *Fest für alle* gefeiert.



Kultur: ÖVP schiebt Fair Pay auf die lange Bank

Unterbezahlung und Selbstausbeutung sind im Kulturbetrieb leider gang und gäbe – ein Missstand, dem die Grazer Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ von Beginn an den Kampf angesagt hat. „Bereits im Koalitionsprogramm 2021 wurde Fair Pay festgeschrieben“, so KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada**. „Trotz angespannter Finanzlage waren die Mittel dafür im Grazer Stadtbudget schon für 2023 reserviert und sind es auch heuer“, betont Finanzstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). Kulturstadtrat **Günter Riegler** (ÖVP) wurde mit der Erarbeitung eines Modells beauftragt, der es im Gleichschritt mit

dem Kulturlandesrat und Landeshauptmann **Christopher Drexler** (ÖVP) vorlegen wollte. Nach einer umfassenden Befragung von Beschäftigten und Selbstständigen im Kulturbetrieb zogen Monate ins Land.

Die freie Szene schlug nun Alarm. Sie fühlt sich verärgert, weil die Umsetzung auf die lange Bank geschoben wird

Mohsenzada machte deshalb im Gemeinderat Druck. Riegler lehnte es jedoch ab, eine eigenständige Umsetzung des Fair-Pay-Prozesses in Angriff zu nehmen. Auch weitere Gespräche mit seinem Parteifreund Drexler seien nicht nötig. Er vertraue weiterhin auf eine baldige Umsetzung durch das Land Steiermark, so Riegler.



M. HILBERGER

Wohnen statt Kanonen!

Bei der EU-Wahl am 9. Juni setzt die KPÖ auf Soziales und Neutralität. Die Kommunist:innen wollen ein Gegengewicht zu den Privilegienrittern in Brüssel bilden. Vier Fragen an Spitzenkandidat **Günther Hopfgartner**.

1 Auch auf EU-Ebene will sich die KPÖ für leistbares Wohnen stark machen. Wie geht das?

Günther Hopfgartner: Beim leistbaren Wohnen wird es auch zu Konflikten mit der EU kommen. Momentan unterliegt Wohnen dem Wettbewerbsrecht. Das macht Eingriffe in die Mieten schwierig. Solange das Recht auf Wohnen nur in der EU-Sozialcharta steht, aber nicht einklagbar ist, sind Mieterinnen und Mieter dem Profitinteresse der Vermieter ausgeliefert.



„Gerade in Brüssel zeigt sich: Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Die KPÖ ist die einzige Partei, die Politgehälter kürzt“, sagt Spitzenkandidat **Günther Hopfgartner**. FOTO: KPÖ

2 Momentan wird viel über europäische Rüstungspolitik gesprochen. Wie steht die KPÖ dazu?

Hopfgartner: Die Gefahr eines Krieges steigt mit der Rüstungsspirale an. Österreichs Regierung macht bei der gemeinsamen EU-Außenpolitik

mit und höhlt damit die Neutralität aus. Wir müssen mit dieser Kriegerlogik brechen.

3 Brüssel ist weit weg von den Menschen. Wie sehen Sie das?

Hopfgartner: In Brüssel tummeln sich viele Lobbyisten und

Privilegienritter. Über die EU werden Verordnungen durchgewunken, für die es hier kaum Mehrheiten gäbe.

Die EU-Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS machen dabei aber tüchtig mit und kassieren dafür monatlich über 9.000 Euro + Spesen + Reisekosten + Sitzungsgelder ab.

4 Auf lokaler Ebene gilt für die KPÖ eine Gehaltsobergrenze. Wäre das auch in Brüssel so?

Hopfgartner: Natürlich! Wir freuen uns, wenn wir Menschen helfen können. Aber wer deutlich mehr als der Durchschnitt verdient, hat auch die Probleme nicht mehr, die für die meisten Menschen Normalität sind. Das gilt auch für die EU-Ebene und somit für mögliche EU-Mandatare der KPÖ.